

**Antrag**

öffentlich

|   |                |        |          |
|---|----------------|--------|----------|
| Datum   | 01.07.2021     | Nummer | A0143/21 |
| Absender  |                |        |          |
| <b>Fraktion AfD</b>                                     |                |        |          |
| Adressat  |                |        |          |
| Vorsitzender des Stadtrates<br>Prof. Dr. Alexander Pott |                |        |          |
| Gremium   | Sitzungstermin |        |          |
| Stadtrat  | 15.07.2021     |        |          |

**Kurztitel**

A0143/21 Magdeburg gegen Migrantengewalt

**Der Stadtrat möge beschließen:**

Die Stadt richtet zur Bekämpfung und Prävention eine regelmäßig tagende Arbeitsgruppe ein, die ein Konzept gegen Migrantengewalt in Magdeburg erarbeiten, eine Beratungsstelle für Opfer von Migrantengewalt schaffen und Bildungsarbeit über Migrantengewalt leisten soll. Die Arbeitsgruppe soll aus Vertretern der Polizei, des Ordnungsamtes, des Sozialamtes sowie einem Vertreter jeder Stadtratsfraktion bestehen.

**Begründung:**

Mit der zunehmenden Migration nach Magdeburg, vor allem seit 2015, stieg auch die Gewaltkriminalität von Migranten an Deutschen erheblich an. Obgleich die große Gruppe der „schon länger hier Lebenden“ (Angela Merkel) nicht nur wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Motor der Stadt ist, bleibt sie als Opfergruppe leider bisher ohne eigene Lobby. Nicht zuletzt aufgrund der Tabuisierung von Migrantengewalt durch die Altparteien fanden bisher keine grundlegenden öffentlichen Debatten über dieses Problem statt. Mit dem Verschweigen der Herkunft von Tätern bei Polizeiberichten, der fehlenden Aufarbeitung des Problems in der Presse und der schwachen juristischen Folgen für die Täter, nehmen Gewaltstraftaten in diesem Bereich seit Jahren in Qualität und Quantität deutlich zu.

So sind schwer bewaffnete Clan-Kriminelle am Hasselbachplatz und auch die kürzliche Serie an Raubstraftaten einer jugendlichen Bande arabischer Herkunft nur die Spitze des Eisberges. Nahezu alltäglich geworden sind beispielsweise Körperverletzungen auf offener Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln. Auch im Zuge der Ghettoisierung bestimmter Bereiche, beispielsweise um den Hasselbachplatz oder den Moritzplatz, kommt es immer wieder zu Bedrohungen, Gewalt und anderen Straftaten gegen unsere Bürger. Die Stadt soll daher zu Bekämpfung und Prävention von Migrantengewalt an deutschen Bürgern eine Arbeitsgemeinschaft einrichten, die sich mithilfe eines langfristiges Konzeptes, der Schaffung einer aktiven Opferberatung sowie regelmäßiger Bildungsarbeit in Schulen des Problems widmet.

Frank Pasemann  
Fraktionsvorsitzender